

12.08.2014

Niederschrift über die Senatssitzung

(I.8)

Herr Senator Neumann trägt den Inhalt der Neufassung der Drucksache Nr. 2014/1695,
betreffend

Feststellung des Senates über das Zustandekommen einer
Volksinitiative

hier: "Für ein freies Hamburg - Gefahrengebiete abschaffen!",

vor.

Der Senat fasst folgenden Beschluss:

1. Der Senat stellt fest, dass die Volksinitiative "Für ein freies Hamburg - Gefahrengebiete abschaffen!" nicht zustande gekommen ist.
2. Der Senat beschließt die vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit

A. Stöckmann
Andrea Stöckmann

702. 29-01-2014
702. 00-03



10PT 8
B

Feststellung des Senates über das Zustandekommen einer Volksinitiative
hier: „Für ein freies Hamburg – Gefahrengebiete abschaffen!“

Anderungen in der Neufassung

Inhaltlich wurden im Senatsdrucksachentextteil und in der Anlage jeweils im vierten Absatz der Satz „Sie hat hier ergeben, dass nur 2 468 Unterschriftslisten und damit maximal 9 872 Unterstützungsunterschriften eingereicht worden sind“ durch den neuen Satz „Sie hat hier ergeben, dass insgesamt nur 9 665 Unterstützungsunterschriften eingereicht worden sind“ ersetzt

A. Zielsetzung

Feststellung über das Zustandekommen einer Volksinitiative

Am 16. Juli 2014 haben die Initiatoren der Volksinitiative „Für ein freies Hamburg - Gefahrengebiete abschaffen!“ die Unterschriftslisten zur Unterstützung der Vorlage abgegeben. Gemäß § 5 Abs. 2 Volksabstimmungsgesetz hat der Senat innerhalb eines Monats nach Einreichung der Unterschriftslisten festzustellen, ob die Volksinitiative von mindestens 10 000 zur Bürgerschaft Wahlberechtigten unterstützt und damit zustande gekommen ist.

B. Lösung

Die Initiatoren haben weniger als 10 000 Unterstützungsunterschriften eingereicht. Damit ist die erforderliche Mindestanzahl nicht erreicht und die Volksinitiative „Für ein freies Hamburg – Gefahrengebiete abschaffen!“ nicht zustande gekommen.

C. Auswirkungen auf den Haushalt

Keine

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage

Keine

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Keine

F. Auswirkungen auf:

- Familienpolitik
- Klimaschutz
- Bürokratieabbau
- Inklusion
- Gleichstellung

G. Alternativen

Keine

H. Anlagen

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft